

Auer Tageblatt

Verantwortlich: Dr. H. Auer
Redaktion: Auer Verlag
Verlag: Auer Verlag

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlag: Auer Verlag
Postfach: 1000

Erzgebirge: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach: 1000

Nr. 38

Sonnabend, den 14. Februar 1925

20. Jahrgang

Hölle im Moabiter Krankenhaus.

Berlin, 12. Februar. Heute vormittag ist Dr. Doelle, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, aus seiner Zelle in Moabit in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses überführt worden. Diese Überführung war erforderlich, da festgestellt wurde, daß Dr. Doelle an Herzmuskelchwäche leidet. Medizinalrat Dr. Thiele, der in einer Verhandlungspause des Leipziger Tschelapoff-Prozesses nach Berlin gekommen ist, hat Doelles Untersuchung vorgenommen und sich für sein vorläufiges Verbleiben im Lazarett ausgesprochen. Heute vormittag nun haben die Verteidiger Doelle zum ersten Male im Untersuchungsgefängnis aufgesucht.

Milderungen für Hölle.

Zu dem Verfahren gegen Dr. Doelle wird noch berichtet, daß die Worte „wegen Untreue im Amte“ mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft im Haftbefehl gestrichen wurden. Ferner scheint es, daß die Deposten- und Handelsbank den Namen Dr. Doelle fälschlich in ihren Büchern geführt hat. Die bisherigen Ermittlungen haben Belastendes gegen Dr. Doelle nicht ergeben.

Justizräte Werthauer und Engelbert verhaftet.

Berlin, 13. Februar. In Verfolg der Untersuchung in der Barmat-Rutisler-Anglegenheit stieß die Staatsanwaltschaft auch auf Konten des Berliner Justizrates Dr. Werthauer und seiner Sozialen Dr. Engelbert und Dr. Pröll. Aus diesen Konten und aus den Aussagen von Rutisler und anderen Heugen geht hervor, daß die genannten Anwälte sich schwer gegen das Gesetz zugunsten des Ministerkongressen vergangen haben. Daraufhin hat sich die Staatsanwaltschaft entschlossen, Dr. Werthauer und Dr. Engelbert festzunehmen wegen Beihilfe zum Betrug zum Schaden der Preussischen Staatsbank und wegen Beihilfe zum Kontofraudverbrechen. Weiter sollen, wie der Lokalanzeiger berichtet, die Ermittlungen neues Material ergeben haben, durch das Postpräsident Richter nicht nur der passiven Beamtenbestechung sondern auch der Beauftragung und anderer Delikte beschuldigt wird, sodas das Ermittlungsverfahren und die Untersuchung gegen ihn eingeleitet sind.

Hausdurchsuchung bei Rechtsanwalt Werthauer.

Berlin, 12. Februar. Das Ermittlungsverfahren gegen Rutisler, als den Inhaber der E. von Steinchen Bank, hat die Staatsanwaltschaft zu einer Maßnahme veranlaßt, die nicht zu den alltäglichen gehört. Nämlich zu einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Justizrates Werthauer. Der Staatsanwalt, der mit neun Kriminalbeamten vor der Wohnung des Justizrates Werthauer erschien, ließ zunächst das vor der Tür haltende Rutislersche Auto bis auf weiteres anhalten. In der Wohnung des bekannten Anwaltes wurde ihm jedoch mitgeteilt, daß Werthauer nicht in Berlin sei, sondern sich auf einer Geschäftsreise nach Dresden befinde. Daraufhin wurden die in der Wohnung liegenden Papiere Dr. Werthauers untersucht und ein Teil sichergestellt. Nach einstündiger Durchsuchung begaben sich die Beamten dann in die Bureauküche Werthauers, wo die Registratur durchsucht und ebenfalls Alton Werthauers beschlagnahmt wurden. Justizrat Werthauer soll in seiner amtlichen Eigenschaft als Notar bei einer Anzahl von Kreditationen des verhafteten Rutisler mitgewirkt haben.

Es handelt sich hier um denselben Rechtsanwalt Dr. Werthauer, der heute vom sächsischen Staate 230 000 Mark fordert für ein „Gutachten“, das er auf Veranlassung des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Rejzner für Rejzner in der Angelegenheit der Auseinandersetzung des sächsischen Staates mit dem sächsischen Adminalhaus abgegeben hat.

Mißerfolg der Ruhebefehung.

Paris, 12. Februar. In seiner neuen Denkschrift über das Ergebnis der Ruhebefehung und des Pariser Finanzabkommens behandelt der Berichterstatter der Finanzkommission Lamoureux folgende Punkte: 1. Die endgültige Berechnung der Ruhebewinne. 2. Unkosten des Damesgutachtens. 3. Die Teilung der Jahresleistungen. 4. Anteil Frankreichs an den Jahresleistungen. 5. Berechnung der Einnahmen Frankreichs für das Budget 1925 nach dem Domesgutachten. Lamoureux kommt zu den Feststellungen, daß das Pariser Finanzabkommen für Frankreich in bezug auf die Verteilung der Ruhebewinne ungünstig sei. Außerdem müsse Frankreich die Zusatzkosten für die Ruhebefehung, die bisher aus der Pfändertasse gedeckt worden sind, selbst aufbringen.

Milderungen der Verordnungen der Rheinlandkommission.

Köln, 12. Februar. Die Rheinlandkommission setzte die Revision ihrer Verordnungen fort und veröffentlichte heute eine Reihe von Verordnungen, die am 16. Februar in Kraft treten und sich mit folgenden Gegenständen befassen: 1. In Verordnung Nr. 292 sind die wichtigsten Regeln zur Anwendung der Verordnung über den verminderten Schutz niedergelegt. 2. Verordnung Nr. 293 hebt die Verordnung Nr. 156, 158, 159 und 200 auf, die zur Zeit des letzten

Die Grubenkatastrophe an der Ruhr.

129 Bergleute tot.

Kein anderer Beruf ist so von Gefahren umgeben, wie der des Bergmanns. Täglich erliegen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier durchschnittlich drei bis vier Bergleute den Gefahren ihres Berufes, meist durch Steinfall getötet. In längeren oder kürzeren Zwischenräumen folgen einander die großen Katastrophen, durch die ganze Belegschaften hinweggerafft werden. Das Unglück auf der Zeche „Minister Stein“ übertrifft alles, was bisher an Schrecklichem in deutschen Bergwerken geschehen ist. 129 Bergleute sind eingeschlossen, nur 9 konnten bisher lebend geborgen werden. Der Tod von etwa 100 Arbeitern steht bereits fest, und es kann wenig Hoffnung gegeben werden, daß die anderen gerettet werden.

Angesichts dieses Massentodes schweigt der politische Haber und das Gefühl der rein menschlichen Solidarität tritt in den Vordergrund, das tiefe Mitleid finden mit den Opfern und ihren Hinterbliebenen. Inzwischen, ja, ein Opfer die Bergleute ihre Gesundheit, ihr Leben für die Kohle, das Urprodukt, auf deren Förderung die Wirtschaft der Welt beruht. Sie opfern sich, weil sie keine andere Existenzmöglichkeit haben, aber sie sind — und das darf nicht vergessen werden — die Vorkämpfer der Produktion, die täglich Heldentaten verrichten wie die tapfersten Soldaten. Wenn die Bergarbeiter, von den Schrecken der Gruben gelähmt, einmal die Spitzhacke wegwerfen würden, dann würde die Weltindustrie vor dem Ruin. Die Bergarbeiter sind Menschen, und da fast Unmenschliches von ihnen verlangt wird, so gebieten Pflicht und Barmherzigkeit, ihnen ein Dasein zu schaffen, um das sich zu kämpfen lohnt.

In diesem Willen muß sich das deutsche Volk zusammenschließen, aber alle Sonderinteressen hinweg, zur sozialen Volksgemeinschaft.

Die Explosion.

Abends 8.10 Uhr entstand auf der Zeche „Minister Stein“ eine Schlagwettersplosion, die einen außerordentlichen Umfang annahm. Auf dem Südostfeld der Zeche im Schacht 3 in Kirddorf kamen die Streden auf der dritten sowie auch auf der ersten Sohle zu Bruch. Dadurch wurden 129 Bergleute eingeschlossen. Nur vereinzelte Leute konnten nach der furchtbaren Explosion lebend zu Tage kommen. Es wurden sofort Rettungsmannschaften eingesetzt, jedoch waren diese Leute nicht imstande, einzugreifen. In dem Unglücksschacht befanden sich Gase, die jeden Rettungsversuch unmöglich machten. Rettungsmannschaften, die vorbrachen, wurden von den Gasen betäubt und mußten wieder nach oben transportiert werden. Erst in den Morgenstunden gelang es, die ersten Toten zu bergen.

Nach den letzten Meldungen sind 129 Bergleute umgekommen. Acht Gerettete haben Verletzungen erlitten. Die Schlagwettersplosion ereignete sich in der Nähe des Luftschachtes. Dadurch ist es zu erklären, daß sie sich auf der ersten, zweiten und dritten Sohle, die voneinander sonst durch viele Meter dicke Erd- und Gesteinsschichten getrennt sind, verbreiten konnte. Die Explosion war so heftig, daß nicht nur die Stege zu Bruch gingen und die in den betreffenden Revieren arbeitenden Bergleute von der Außenwelt abgeschlossen wurden,

sondern auch die Luftzufuhr unmöglich gemacht wurde, so daß die abgeschlossenen Bergleute der Wirkung des Gases ausgesetzt waren.

Nach den bisherigen Feststellungen konnten sich nur acht Bergleute retten, die am Anfange des Schachtes arbeiteten. Von ihnen ist aber noch einer nachträglich gestorben. Man fand in den Sohlen an einzelnen Stellen noch Aufzeichnungen, nach denen Gruppen etwa um 1/11 Uhr abends, also zwei Stunden nach der Explosion, noch wohl waren. Das Unglück ist passiert in der Mittagslicht, die um 1/2 Uhr anfängt und um 1/10 Uhr aufhört. Es wurde ein Bezirk von insgesamt drei Steigerrevieren betroffen.

Nach dem bisherigen Befund hat eine große Anzahl Bergleute den Tod auf der Flucht gefunden. Die Kofferflaschen der Bergleute standen noch, ohne daß sie umgestürzt waren, auf den Risten. Die Bergleute waren aber nicht mehr an diesen Betriebspunkten, sie waren gestürzt und haben allem Anschein nach in den Gasen den Tod gefunden. Eine ganze Anzahl von Bergleuten ist ohne äußere Verletzungen tot ausgefunden worden.

Nach anderen Meldungen aus Dortmund sind viele der Toten fast vollständig verbrannt. Viele von ihnen wurden durch den kolossalen Ausbruch bei der Explosion zehn bis zwanzig Meter weit geschleudert und haben sämtliche Gliedmaßen gebrochen.

Die Rettungsarbeiten

Haben sich in den Abendstunden bedeutend schwieriger gestaltet. Nach Angaben der Rettungsmannschaften sind die Sohlen zwei und drei von Toten frei, dagegen nehmen die Arbeiten auf Sohle eins einen außerordentlich langwierigen Verlauf. Vor allem sind die noch nicht geborgenen Leichen unter starken Druckmassen verdrückt und der Ort zum Teil verstaubt, was die Gefahr für die Rettungsmannschaften verstärkt. Immer wieder werden durch Gasvergiftungen in Mitleidenschaft gezogene Rettungsleute zur Verbandsstelle gebracht. Der Zustand dieser Mannschaften ist zum Teil bedenklich. Ein Rettungsmann ist bereits gestorben. Bis jetzt sind 115 Tote zutage gefördert worden. Weiters 11 liegen auf Sohle eins. Man nimmt an, daß vier bis sechs Leichen noch nicht gefunden sind.

Der Schacht „Minister Stein“ gehört zur Bereinigten Stein- und Hardeberg-Zeche innerhalb des Gelsenkirchener Bergwerksvereins. Sie befindet sich in Nieberding, 20 Minuten nördlich von Dortmund, und ist eine Fettsäurebohrlochanlage mit einer Förderung von 900 000 Tonnen pro Jahr. Die Zeche hat eine Tiefe von etwa 500 Meter und eine Belegschaft von rund 3000 Mann.

Der Reichskanzler in Dortmund.

Reichskanzler Dr. Luther, der in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in der badischen Landeshauptstadt zum Besuch der badischen Regierung eingetroffen war, erhielt im Laufe des gestrigen Vormittags die Nachricht von dem Grubenunglück in Dortmund. Er kürzte unter dem Eindruck der Katastrophe seinen Aufenthalt in Karlsruhe ab und begab sich in den ersten Nachmittagsstunden nach Dortmund, um sofortige Maßnahmen zur Unterstützung der vom Unglück betroffenen Familien anzuordnen.

Neue Gewalturteile.

Düsseldorf, 12. Februar. (Meldung der belgischen Telegraphen-Agentur.) Das Kriegsgericht von Namur verurteilte in Abwesenheit mehrere deutsche Offiziere wegen angeblicher, im August 1914 begangener Verbrechen. Oberleutnant von Giese, Kommandeur des Leibkürassierregimentes Nr. 1, der beschuldigt wird, zu der Gruesat von Bierre, wo 17 Personen erschossen und 72 Gebäude eingeschleiert worden sein sollen, den Befehl gegeben zu haben, wurde zum Tode verurteilt. Rittmeister Oesterberg, Adjutant einer Kavalleriedivision, wird eines in Ghenne begangenen Mordes beschuldigt und wurde ebenfalls zum Tode verurteilt. Die Leutnants Schumann und Stetzel, Befehlshaber von Transportkolonnen, waren der Brandstiftung von 81 Wohngebäuden in Sinterieur angeklagt und wurden zu 20 Jahren Anwartsarbeit verurteilt.

Widerstandes erlassen worden sind. 3. Verordnung Nr. 294 hebt die Verordnungen Nr. 97, 158 und 248 auf, die die Presse betreffen. 4. Verordnung Nr. 295 ändert gewisse Bestimmungen betreffend das Vereinswesen und die Unterrichtsanstalten. 5. Verordnung Nr. 296 ermächtigt das Staatsmaß für Verstöße gegen die Verordnungen der Kommission. 6. Verordnung Nr. 297 schafft als Gnadenmaßnahme den Strafausschub zugunsten erstmalig Verurteilter. 7. Verordnung Nr. 298 mildert die Vorschriften zur Sicherstellung der Beschaffung der Geldstrafen.

Um die weitere Befehung des Rheinlandes.

London, 12. Februar. Der Pariser Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt, die Londoner Erklärung, daß die Fragen der Befehung des Rheinlandes und der Sicherheit nichts miteinander zu tun hätten, sei in Paris erwartet worden, und es sei nicht wahrscheinlich, daß sie eine Verringerung der französischen Politik herbeiführen werde. Die französische Regierung sei in der angenehmen Lage, sich um juristische Beweisgründe nicht kümmern zu brauchen, und zwar mit Rücksicht auf ihre Armee. Trotzdem sei die französische Regierung sich offenbar der Schwäche ihres Standpunktes in rechtlicher Beziehung bewußt. Deshalb habe auch Paul Boncour eine möglichst großzügige Auslegung der Befehungsurteile verlangt. Es werde jetzt in Paris offen zuge-

geben, daß die französischen und die britischen Sachverständigen der Internationalen Militärkontrollkommission sich in den Haaren liegen, und daß dadurch der endgültige Bericht verzögert werde. Das französische Ziel sei, den britischen Plan, Deutschland gewisse, an bestimmte Fristen gebundene Forderungen vorzulegen, von deren Erfüllung die Räumung Kölns abhängig gemacht werde, zu Fall zu bringen.

Crakerkundgebung im Reichstag.

Berlin, 12. Febr. Der Reichstag hält heute nur eine kurze Sitzung ab. Er hat um 12 Uhr begonnen und schließt zwischen 3 und 3 Uhr. Diese Sitzung soll jeden Donnerstag Platz greifen, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu ausgedehnten Beratungen zu geben.

Die heutige Sitzung beginnt mit einer Crakerkundgebung für die verunglückten Bergleute in Dortmund.

Präsident Abbe sagt, während sich die Mitglieder des Hauses von ihren Plätzen erheben:

„Meine Damen und Herren! Am Vormittag hat uns heute die Schreckensnachricht erreicht von einem schweren Unglück auf der Zeche „Minister Stein“ in Dortmund. Durch eine Grubenexplosion wurden dort 126 Bergleute verunglückt, und man muß befürchten, daß nur ein kleiner Teil gerettet werden kann. Die letzten amtlichen Nachrichten melden, daß 88 Tote zutage gefördert wurden und daß man von weiteren 97 Bergleuten nichts angeben konnte. Von einer Rettung wird die Nachricht von 61, ja von 100 toten Bergleuten gebracht. Meine Damen und Herren! Was je einmal in der Geschichte oder persönlichen Beziehungen mit einem schweren Unglück gekommen ist, der kann sich den Schrecken und die Angst ausmalen, wenn Hunderte von Menschen verunglücken. Wir schätzen uns der allgemeinen Trauer über den Tod dieser Bergleute an und sprechen den Angehörigen der Verunglückten das herzlichste Beileid des Reichstages aus. Wir können die kühnen Taten wohl erleichtern, aber den tiefen seelischen Schmerz können wir nicht lindern. Kaum einer von uns kann sich eine Vorstellung machen von den Todesqualen, unter denen die Opfer ihr Leben verloren haben. Wir können der Trauer und dem Mitleid für die Angehörigen Ausdruck geben, wenn wir uns bemühen, soweit menschliche Vorkehrungen dazu imstande sind, solche furchtbare Unglücksfälle zu verhindern. Wenn wir den Angehörigen die kühnen Taten zu erleichtern suchen, müssen wir alles tun, um denen, die bei solchen furchtbaren Gefahren ihrem Beruf nachgehen müssen, größtmöglichen Schutz, Erleichterung und Besserung ihrer Verhältnisse zu gewähren.“

Abg. Sadash (Kom.): Wir beantragen die sofortige Bildung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung des Unglücks, damit ähnliche Katastrophen verhindert werden können.

Präsident Abbe bittet angesichts der Majestät des Todes, keinerlei Streitfragen aufzurollen, und ersucht die Kommunisten, ihren Antrag erst in der Freitagssitzung einzubringen, wenn Näheres über das Unglück bekannt geworden ist. Die Kommunisten sind damit einverstanden.

Stat des Reichsarbeitsministeriums

Abg. Hoch (Soz.) bedauert, daß die Regierung es nicht für zweckmäßig halte, auf die vielen Anfragen zur Gürtelforschung zu antworten. Ein Antrag Hoch, die Untersuchungen an inaktive ehemalige Angestellte und Arbeiter früherer Betriebsbetriebe um 2 1/2 Millionen W.M. zu erhöhen, wird angenommen.

Die Erörterung wendet sich dann dem Reichsversicherungsamt

Abg. Dr. Wofes (Soz.) erklärt, Gesundheitspolitik sei die Grundlage einer gesunden Wirtschaftspolitik. Das Arbeitsministerium müsse sich besonders die Verhütung aller Gefahren angelegen sein lassen, die der menschlichen Arbeitskraft drohen. Ohne eine gesunde Arbeiterschaft gäbe es auch keine Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande. Der Redner fordert leistungsfähige Krankenkassen mit erweiterter Selbstverwaltung. Der Kampf gegen die Volksheiden — Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten — müsse auch von der Sozialversicherung energisch betrieben werden. Abg. Dr. Haedenkamp (An.) nimmt die Veranschaulichung gegen Vorwürfe in Schutz. Die freie Arztwahl sei gerade im Interesse der Versicherten notwendig. Der Redner wendet sich gegen die von den Krankenkassen eingerichteten Ambulatorien und kündigt einen Antrag an, um auch

eine öffentlich-rechtliche Körperschaft der Ärzte zu schaffen. Der Redner bemängelt, daß Mitglieder des Verbandes der Ortskrankenkassen im eigenen vornehmen Auto des Verbandes umherfahren. (Unruhe links.) Abg. Frau Wrensdorf (Kom.) fordert Ausdehnung der Berufshilfe. Die Ausschussanträge werden angenommen.

Beim Kapitel „Reichs-Arbeits-Verwaltung“ fordert Abg. Giebel (Soz.) Vereinfachung der Verwaltung. Der Redner beschäftigt sich mit der Frage auf dem Arbeitsmarkt und verlangt, daß alle Arbeitgeber verpflichtet werden, offene Stellen bei den Arbeitsnachweisen zu melden. Darauf werden die Verhandlungen abgebrochen.

Außerhalb der Tagesordnung gab Abg. Sollmann (Soz.) eine Erklärung ab gegen die Angriffe, die von Zeitungen der Rechten und der Kommunisten gegen die sozialdemokratischen Mitglieder des zweiten Kabinetts Stresemann aus Anlaß der Reichsentscheidungen gemacht worden sind. Es sei ihnen Heuchelei, Verleumdung und Schwindel vorgeworfen worden. Die „Kreuzzeitung“ habe die früheren sozialistischen Reichsminister als Dämoner bezeichnet. Gegen eine Bemerkung der „Deutschen Tageszeitung“ die es als unanständig bezeichnet hat, daß die Sozialdemokraten solange geschwiegen haben, erklärte der Abgeordnete, daß die Reichsregierung und die Industrie bis vor kurzem den Eindruck erweckt haben, als würden die Wicumlasten nicht vom Reich, sondern von den beteiligten Industriellen getragen.

Präsident Abbe stellt fest, daß diese Erklärungen jetzt allmählich ins Uferlose gehen und daher der Vizepräsident am Freitag sich mit dieser Frage beschäftigen werde. (Beifall.) Abg. Stöcker (Kom.) erhebt Einspruch gegen diesen Monolog Sollmanns. Es handle sich hier um Behauptungen, denen anderes gegenüberstehe. Präsident Abbe gibt der Forderung Ausdruck, daß die Zeit dieser Monologe bald vorüber sein werde. (Heiterer Jubel.)

Das Haus vertagt sich auf Freitag 2 Uhr: Arbeitsministerium.

Neuordnung der Rentenmark-Belastung.

Im Zusammenhang mit den aus dem Londoner Abkommen resultierenden Befehlen mußte die Belastung der industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe mit der Rentenbankschuld aufgehoben werden, da diese Betriebe die Industriebelastung zu übernehmen haben. Dies ist durch das Gesetz über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenmarktscheinen vom 30. August 1924 geschehen. Gleichzeitig wurde darin die Herabsetzung des Kapitals der deutschen Rentenbank auf 2 Milliarden Mark festgesetzt, die allein von der Landwirtschaft zu tragen sind.

Zu diesem Gesetz sind jetzt die Durchführungsbestimmungen erschienen. Danach ist die Belastung der industriellen, gewerblichen, Handels- und Bankbetriebe mit Wirkung ab 1. Oktober 1924, also rückwirkend, aufgehoben. Die Schuldverschreibungen sind zu vernichten oder zurückzugeben. Der Antrag auf Rückgabe ist innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung des Reichs zu stellen. Rückständige Rentenbankzinsen werden nachgehoben; werden noch nachträglich Betriebe als rentenbankbelastungspflichtig festgestellt, so wird keine Schuldverschreibung mehr ausgestellt, dagegen werden die Zinsen eingezogen. Diese Verpflichtung kann nur das Jahr vom 1. Oktober 1923 bis 30. September 1924 betreffen, wobei zu beachten ist, daß der Halbjahreszins für das 2. Halbjahr am 1. Oktober 1924 nur zur Hälfte erhoben wurde. Die Frage, ob die Zinsrückstände vom 1. Oktober 1924 auf Grund der Rentenbankverordnung nicht mehr zu erstaten sein werden, wird dadurch nicht berührt. Durch den Wegfall dieser Betriebe als Mitträger der Rentenbank erhöhte sich die Belastung der Landwirtschaft, die bisher 1800 Millionen Mark betrug, auf 2 Milliarden Mark. Diese Erhöhung wird durchgeföhrt durch Herausgabe des Betrages der Rentenbankgrundschuld von 4 auf 5 Prozent des der Belastung zugrunde liegenden Wertes, nämlich des für die

Bermögenssteuerveranlagung 1924 maßgebenden Gegenstandes oder nachträglich ermittelten Wertes.

Um die Freigabe deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten.

Neuyork, 12. Februar. Gestern fand zwischen Coolidge und Borah eine Besprechung über die Freigabe des deutschen Eigentums statt. Coolidge erklärte, daß er nach wie vor gegen die Freigabe sei, da eine solche schwere Verwicklungen mit den alliierten Regierungen haben könne. Borah wies darauf hin, daß er nicht gewillt sei, nachzugeben und auf Beratung seines Antrages im Senat bestehen werde. Somit ist der scharfe Gegensatz zwischen Coolidge und Borah offen zum Ausdruck gekommen. Man glaubt, daß diese Meinungsverschiedenheiten der wichtigste Punkt der nächsten Senatsitzung sein werden.

Der Wert der „Roten Armee“ im Sinken.

Der „Königsberger Anz.“ wird aus Moskau gemeldet: In der Sitzung des Obersten Kriegsrates teilten die Generale Bialycki und Lubow einen Rapport ein, in dem sie hervor wählten, daß in kriegerische Aufnahmestände mit den Nachbarn einzulassen. Augenblicklich sei die Disziplin der Armee so schlecht, daß die technische Ausbildung und Ausrüstung so schlecht sei, daß die Truppen, weil die Transportmittel nicht ausreichen, nicht ausmarchieren könne. Diese Erklärung soll einen niederschmetternden Eindruck hervorgerufen haben. Man hat beschlossen, alles zu tun, um die geräteten Mängel zu beseitigen.

Aus Stadt und Land.

Aus, 13. Februar 1925.

Eine Zeignersche Maßnahme durch das Reichsschiedsgericht rückgängig gemacht.

Zeigner hatte als Ministerpräsident in das Gesetz vom 29. Mai 1923 über eine Altersgrenze und über die Pensionsdienstzeit der Beamten und Lehrer seinen Vorantrag hineingebracht, der gegen Recht und Brauch eine „Kann-Vorschrift“ enthielt, wonach bei Berechnung der Dienst- und Pensionszeit für Beamte die Zeit mitgerechnet werden kann, während der der Beamte außerhalb des Staatsdienstes vorher praktisch beschäftigt gewesen ist. Diese sehr weitberühmte „Kann“-Vorschrift war natürlich nur für die Beamten des Reichs bestimmt und hat in der Praxis dem Staat viel Geld gekostet. So wurden Herrn Freund, dem Günstling Zeigners, trotz seiner kurzen Dienstzeit in Sachen von seinem 17. Lebensjahre an die Beamten-dienstjahre angerechnet, ohne daß die Koalitionsgewerkschaft, die ihn außer Dienst stellte, etwas dagegen tun konnte; so wurden ferner dem unter Liebmann ernannten Polizeipräsidenten Wenke die im Ruchthaus verbrachte Straftat während des Krieges als Beamtenzeit angerechnet, wie im übrigen auch mit einer ganzen Anzahl von Reichsbeamten ähnlich verfahren wurde. Wegen dieses unerhörten Aufwands hatte das Reichsfinanzministerium beim Reichsschiedsgericht Einspruch erhoben. Wie wir jetzt erfahren, hat das Reichsschiedsgericht die Beschwerde des Reichsfinanzministeriums stattgegeben und diese Bestimmungen des erwähnten Gesetzes für ungültig erklärt. Herr Freund, Herr Wenke und die zahlreichen anderen Reichsbeamten werden demnach Teile des unredlich erhaltenen Gehaltes wieder zurückzahlen müssen. Auch dem früheren Justizminister Reu war bekanntlich durch Zeigner ein großer Teil seiner Rechtsanwaltsstätigkeit auf die Beamtenzeit angerechnet worden.

Entlassung des Regierungsrates Seibt aus dem Staatsdienst.

Der Regierungsrat Seibt ist von der Reichshauptmannschaft Leipzig auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen aus dem Staatsdienst entlassen worden. D. h. seine Anstellung ist von der Regierung widerrufen worden. Seibt erhält keine Pension, sondern lediglich auf ein halbes Jahr Uebergangsgeld sein Gehalt fort. Seibt kam aus der unteren Beamtenlaufbahn. Er wurde unter Liebmanns Ministerium dank seiner radikalen Gesinnung zum Regierungskommissar und später zum Regierungsrat befördert. Die bekannte Ministerbrochüre sagt dazu: „Die Nachrichtenstelle in Leipzig war durch den lieberlichen Goldberga arg verrottet worden.“

Des Vaters Sünde.

Roman von Anni Satt-Felsberg.

(8. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Es gibt Schwereres als den Tod“ — sprach er jetzt leise zu sich, aber es war doch laut genug, daß seine Mutter es verstanden hätte.

„Nein — nein — Schwereres gibt es nicht, als einen geliebten Menschen zu verlieren, als das plötzliche Auslösen eines Lebens, das eng mit dem unseren verknüpft ist! Zu wissen, daß man niemals den, den man so heiß geliebt, wiedererlebt, daß sein Dasein ausgelöscht ist wie ein ausgebranntes Licht, das nur für uns allein geleuchtet hat! Dunkel, finstern ist es um mich, seit dein Vater für immer von uns gegangen ist.“

„Frauen haben oft noch Schlimmeres zu tragen. Bedenke die Hölle, in denen der Gatte und Vater seiner Familie entrisen wurde und sie in Schande und in Schmach starben. Unter unseren Bekannten brauchst du nur Umschau zu halten — denke an den Bankdirektor B.“

„Mit großen, schreckvollen Augen blickte die Mutter zu ihrem Sohne auf.“

„Ja, das ist noch Schrecklicher — du hast recht, Herbert. Aber über dem eigenen Leid vergißt man das der andern und denkt nicht daran, daß wir vor dem Schwersten noch behütet wurden. Wir sind auch vor Not geschützt. Mein Kapital habe ich zwar als Kaution hingegeben und zur Ausstattung deiner Schwester. Wenn Ludwig oder Hauptmann etwas Klasse ist, braucht er die Zinsen nicht mehr, daß hat Vater doch ausgemacht. Dann habe ich wieder die Verfügung. Bis dahin —“

„Bis dahin wird du wohl bei Mutter auf die Hand

hast leben müssen, liebe Mutter. Denn soviel ich bereits überschaut habe, ist nur ein ganz geringes Kapital vorhanden, und die Praxis bringt nur die Wanzosten ein. Konstanze hat es mir noch eben gestanden und rät, das Büro aufzugeben und die noch zu erledigenden Fälle einem anderen zu übertragen. Aber das will ich nicht. Ich will den Wunsch meines Vaters erfüllen und alles regeln und zu Ende führen — und mich dann zum Richterstand melden.“

„Wah, mit großem, weitem Blick, hörte Frau Justizrat Bärner ihrem Sohne zu. Sie blieb auch ganz teilnahmslos zum Erstaunen ihres Sohnes.“

„Ach, Herbert, es ist mir, als ob die ganze äußere Welt um mich berufenen wäre, so gleichgültig ist mir alles. Konstanze ist Flug. Vater lobte sie sehr, er bedauerte nur, daß sie kein Mann ist: „Das würde einen Juristen abgeben, schneidiger als ich es bin.“ sagte er in seiner lebenswürdigen Bescheidenheit. Ich sage mich in alles, Herbert. Ich kann mir denken, die Wohnung ist zu teuer —“

„Ja, Mutter, die Wohnung war immer zu teuer“ — Herbert nahm all seinen Mut zusammen, um das Thema weiter zu spinnen, der apathische Zustand der tieftrauernden Gattin mußte ihm helfen, sie in die richtigen Verhältnisse zu bringen. So fuhr er mit ruhiger Stimme fort:

„Wir haben alle den Vater nicht verstanden. Nur Konstanze. Ihr klarer Blick sah tiefer — aber sie konnte das auch erst, als sie Mitarbeitlerin des Vaters wurde. Papa hat uns ja sehr vernachlässigt, zu sehr geliebt. Er war auch zu stolz, die eingestrichen, daß er — daß er — kaum die Wanzosten herausgalt aus seinen Pro-

„Ja, ja. Er war zu gut, hat immer gehofft, wo er helfen konnte, mit Rat und Tat. Das hat Mutter die Luft in noch verstärktem Maße von ihm gerodet. Güte bis zum Reichthum ist es schon bei ihr. Bei Kindern soll sich oft eine Eigenschaft in noch übertriebener Art finden.“

„Sowohl, in verstärktem Maße. Und da gehört eben die Kraft und Willensstärke dazu, dem ererbten Instinkt nicht nachzugeben. Alle erblichen Anlagen sind doch Instinkte, und die schädlichen von ihnen zu bekämpfen ist die Aufgabe der Erziehung und namentlich der Selbsterziehung. Dazu gehört aber vor allen Dingen Selbsterkenntnis. In dieser gelangen wir oft — meist nur durch unglückliche Wendungen in unserem Leben.“

Herbert sprach es ganz langsam, deutlich und ging vor seiner Mutter auf und ab, deren Bild liebvoll an der schlanken Gestalt ihres Sohnes hing, dessen schmales Gesicht mit den großen, dunklen, ernsten Augen in diesem Augenblick ihr bedeutender, charaktervoller erschien, als jemals. Sie hoffte noch große Freude an ihm zu erleben. Der stillesse Ernst seines Charakters schien ihr eine Bürgschaft. Er war stets noch und klar und offen gewesen; schon als Knabe hatte er stets den Mut der Wahrheit.

So war auch sein Vater, — er ist ganz sein Sohn. Sie dachte es beglückt. Ihr geliebter Gatte würde fortleben in ihm. „Das ist der wichtigste Gedanke, dieses Fortleben in seinen Kindern, dieses Erneuern, dieses Bleiben des innersten Wesens unseres Volkes!“ Sie sprach es sich zum Troste.

(Fortsetzung folgt.)

